

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

24.3.1919 (No. 83)

Bezugspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert vierteljährlich 4.80 M., monatlich 1.60 M., an den Anzeigebestellern abwärts monatlich 1.50 M. Inwärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährlich 4.92 M., Einzelnummer 10 Pf.

Berlin: Schriftleitung und Geschäftsstelle: Ritterstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

## Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

## Badische Morgenpost

Angelaen: die Angeh. Romarellengasse oder deren Raum 25 Nr. 1, Neffens 1 Nr. 1, an erst. Stelle 1.20 M. Auf diese Preise 30% Feuerungszuschlag. Rabatt nach Zahl. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen (mit bis 4 Uhr nachmittags). Fernsprechnummer: Geschäftsstelle Nr. 203, Berlin Nr. 297, Schriftleitung Nr. 20 u. 804.

Gesamtdirektor: Oskar Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Goldinger; für Baden, Votales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Karlsruhe: Carl Sesselmer; für Inzerate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: G. H. Müller & Co., Landstraße 10 in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Fernb.-Amt Wlad. 2902. Für unerreichte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifolgt ist.

116. Jahrg.

Montag, den 24. März 1919

Nr. 83.

### Das kommunistische Chaos in Ungarn.

Ungarn erhebt sich gegen die Gewalt Herrschaft der Entente, das ist der letzte Grund der Umwälzung, aber die jetzt so überraschende und zum Teil noch unklare Nachrichten vorliegen. Karolyi, der Diktator Ungarns, hat seine völlige Ohnmacht, die Entente in die Schranken zu weisen, einsehen müssen und hat die Macht dem Proletariat übergeben, da, wie er sich ausdrückt, nur hierdurch „die Produktionsordnung Ungarns gesichert“ werden könne. Dies ist natürlich nur eine klägliche Ausrede für sein vollkommenes politisches Versagen. Michael Karolyi ist der Mann, dem wir hauptsächlich den Zusammenbruch der Mittelmächte zu verdanken haben, der in seiner blinden Vorliebe für gallisches Wesen jetzt Ungarn an den Rand des Abgrundes gebracht hat.

Es fragt sich nun, wie der Eindruck dieser plötzlichen bolschewistischen Welle in Ungarn bei der Entente sein wird. Die neuesten Meldungen, daß Ungarn mit Lenin ein Schutz- und Trutzbündnis abschließen will, müssen doch eigentlich auch dem verbittertesten Ententepolitiker die Augen öffnen. Mit dem Eindringen des Bolschewismus in Ungarn ist diesem das Tor für ganz Mitteleuropa geöffnet. Die Ueberwindung Mitteleuropas durch den Bolschewismus steht unmittelbar bevor, wenn nicht vernünftige Maßregeln getroffen werden.

Die eigentliche und letzte Ursache dieser furchtbaren Bewegung aber ist in dem wahnsinnigen Verbrechen Frankreichs zu finden, das deutsche Reich auf jede Weise zu zerschlagen und zu zerkümmern. Die Früchte davon beginnen bereits für ganz Europa und nicht zuletzt für die Entente selbst zu reifen.

**Budapest, 23. März.** Das ungarische Korrespondenzbüro meldet: Der revolutionäre Rat hielt am Samstag eine erste Sitzung ab, in der folgende wichtige Beschlüsse gefaßt wurden: Abschaffung von Rang und Titel, Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung aller Zwangssteuer für kirchliche und landwirtschaftliche Betriebe. Der revolutionäre Rat ernannte eine Rumpfkommision zum Zweck der Vorbereitung der Wahlen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Der Rat beschloß, sämtliche Regierungsbeamten zu entlassen und fordert die Arbeiterräte auf, überall dringende Direktiven zu wählen, die die Geschäfte der bisherigen Regierungskommissionen zu versehen haben. Der revolutionäre Rat wies die Volkskommission an, Vorschläge über die Sozialisierung der Häuser und Betriebe binnen kürzester Zeit dem Räte vorzulegen. Sämtliche Beschlüsse werden verpflichtend, sämtliche Bestimmungen des revolutionären regierenden Rates an leitender Stelle zu veröffentlichen. Der revolutionäre Rat wird aus 12 Mitgliedern bestehen. Der revolutionäre Rat wird aus 12 Mitgliedern bestehen. Der revolutionäre Rat wird aus 12 Mitgliedern bestehen.

**Budapest, 23. März.** Im Samstag nachmittags trat die ungarische Räteversammlung mit der russischen Räteversammlung in Verbindung, indem sie nach Moskau zu Sünden Lenins folgenden Rundbrief abgab: „Das ungarische Proletariat, das seitdem nach die ganze Staatsgewalt an sich erbrach hat, hat die Diktatur des Proletariats einsetzt und beruft sich als Führer des internationalen Proletariats. Die ungarische Räteversammlung erbittet sich ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Sowjetunion. Die ungarische Räteversammlung erbittet sich ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Sowjetunion. Die ungarische Räteversammlung erbittet sich ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Sowjetunion.“

Von dem in Berlin weilenden Vertreter eines großen Budapest-er Blattes wird in den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ über die Stimmungsfaktoren, die jetzt zum Umsturz in Ungarn führten, folgende Mitteilung gemacht: „Für jeden Kenner der ungarischen Verhältnisse war es klar, daß in den letzten Wochen die Lage einer verhängnisvollen Katastrophe zueilt. Die unangenehmsten Reaktionen durch die Entente haben das Maß überlaufen lassen und zu einer explosiven Entladung geführt. Seit Ausbruch der ungarischen Revolution war allenthalben die Stimmung durchwegs ententeunfreundlich, nicht zuletzt dank der Politik des Grafen Karolyi, der einmal über glänzende persönliche Beziehungen zum Verbände verfügte und andererseits auch während des ganzen Krieges eine Hand zur Entente hinreichende Galtung eingenommen hatte. Aber schon mit Abschluß des Waffenstillstandes kam die Enttäuschung. Unter der im Waffenstillstand vorgezeichneten Weisung bestimmter ungarischer Gebietsräte hatte man die Weisung durch englische, französische und amerikanische Truppen verstanden. Statt dessen, die Gebiete beizubehalten bis zur Abgabe der Friedensbedingungen — also als Rebellen der ungarischen Nation. Es folgten fortwährende Ueberfahrungen der Demoralisationslinien durch die Truppenkontingente der Weisungsmächte. Bei jeder Lage der Dinge waren innerpolitisch bald die größten Schwierigkeiten für die Regierung unüberwindlich. Nahrungsmittel- und Koh-

lenmangel, Verkehrserschwerungen, Arbeitslosigkeit infolge überstürzter Demobilisierung — das war der Nährboden für die heute bolschewistische Bewegung, von der vor zwei Monaten noch kein Mensch in Ungarn etwas hatte wissen wollen. Der prominenteste Führer der bolschewistischen Bewegung ist Dr. Bela Kun, der in dem interimsistischen revolutionären Regierungsrat das Volkskommissariat des Äußeren übernommen hat. Er machte als Kriegsgefangener in Mostau die Bekanntschaft mit Lenin und wurde von ihm dazu auserwählt, die bolschewistische Bewegung in Deutschland zu organisieren. Später änderte Lenin seinen Entschluß und sandte ihn nach Ungarn. Hier verbandete Kun zunächst mit der sozialistischen Partei, fand aber keine Gegenliebe. Darauf ging er an die Gründung einer eigenen ungarischen kommunistischen Partei, schloß aber bei dem letzten Vudapest-Kommunistenkonferenz sehr übel ab und wurde im Gefängnis von erlitterten Polizeibeamten furchbar ausgemittelt. Wenn er und seine Partei jetzt Oberwasser haben, so beruht das auf der Verwirrung des Landes durch die maßlose Gewaltverübung der Entente in den letzten Wochen reichende Fortschritte gemacht und die für die Sozialisten durchgeführte Regierung unter der Präsidentschaft Karolyis an Macht und Autorität hinsichtlich Einbuße erlitten hat. Nur so kann der Bolschewismus in Ungarn erklärt werden.

#### Kommunistische Demonstrationen in Wien.

Wien, 24. März. (Wiener Korr.-Büro.) Nach den bei einigen hiesigen Kommunisten und im Sekretariat der kommunistischen Partei durchgeführten Hausbesuchen veranlaßte die Regierung die sofortige Entlassung der in Graz verhafteten Kommunisten.

Gestern vormittag veranstalteten die hiesigen Kommunisten eine Symphonie- und Musikveranstaltung für die Diktatur des Proletariats in Ungarn, die sich zu einer Demonstration gegen die Entente gestaltete. Der Vorlesende verlas ein Telegramm der ungarischen Kommunisten an die Wiener Kommunisten, das ein selbständiges Vorgehen des deutschösterreichischen Proletariats mit dem ungarischen fordert. Sämtliche Redner wandten sich gegen die sozialistische Parteileitung. Am Nachmittag demonstrierten die Kommunisten vor dem Rathaus. Die Versammlung nahm eine Entschließung an mit den Forderungen der Kommunisten. Die Ordnung wurde nicht gestört.

### Die Knebelung Deutschlands.

Die feindlichen Blätter sind voll von höhnisch breisetreuenen Meldungen über angebliche Rückschlüsse des Pariser Kriegsrates über die militärische und wirtschaftliche Knebelung Deutschlands. Wir haben schon oft betont, daß dieses Gedwänge arbeitslos den durch Verbreitung von Schreden das deutsche Volk mit schmerzlichen Bedauern sich einverstanden erklären zu lassen, die man eigentlich gar nicht wagt, ihm aufzuerlegen. Ein Beispiel hierfür ist folgende Amtsdrucker Drohung:

Der Korrespondent der „United Press“ eröffnet von sehr antirealistischer Seite, daß der Reicherrat folgende militärische und wirtschaftliche Bestimmungen erlassen hat: Die deutsche Armee soll aus höchstens 7 Divisionen Infanterie und 3 Divisionen Kavallerie, zusammen 100.000 Mann, bestehen. Das Offizierskorps darf die Zahl von 4000 nicht übersteigen. In den verschiedenen Kriegsministerien dürfen nicht mehr als 800 Offiziere und ein Regiment der Hauptbeamten vom Jahre 1913 beschäftigt werden. Die Kriegsschule des Generalstabes und ähnliche Einrichtungen werden abgeschafft. Es wird nur eine Militärschule zur Oberabteilung von Offizieren aller Dienstgrade gestattet. Veteranenvereine, Turnvereine und andere Organisationen, in denen militärische Uebungen abgehalten werden, sind verboten. Alle Festungen innerhalb einer Strecke von 15 Meilen vom Rhein werden zerstört. Neue Werke dürfen nicht angelegt werden. Die Kavallerie verfügt über 18.000 Karabiner, 36 schwere Maschinengewehre und 36 Feldgeschütze. Schwere Artillerie ist verboten. Die Munitionsvorräte werden auf äußerste beschränkt. Die Lage der Munitionsfabriken muß bekanntgegeben werden. Die Alliierten behalten sich das Recht vor, die Rohl der Munitionsfabriken zu beschlagnahmen. Das über die feinsten Metallwaaren hinausgehende Kriegsmaterial muß den Alliierten ausgeliefert werden. Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial mit Einschluß von Stichtäten, Panzerautos und Tanks ist verboten.

Die Marine darf aus 6 Seeschiffen der Deutschland- oder Ostpreußenklasse, 6 leichten Kreuzern, 12 Zerstörern und 12 Torpedobooten bestehen. Für die Kanonenboote werden als arktischer Linienschiff 10.000, für die leichten Kreuzer 8000 Tonnen, für die Zerstörer 800, für die Torpedoboote 2000 Tonnen bestimmt. Seeschiffe über Kreuzer dürfen erst dann erbaut werden, wenn sie 20 Jahre alt sind. Torpedoboote bei 15-jährigem Alter. Das Personal der Marine wird auf 15.000 Mann mit Einschluß von 1500 Offizieren beschränkt. Alle Dampfer, die angetrieben werden können, werden Seeschiffe. Alle Unterseeboote müssen abgebaut werden. Der Bau von neuen Unterseebooten ist verboten. Die Uferbauwerke, die die Quäme zur Ostsee beherrschen, werden abgebaut. Die Uferbauwerke härterer drahlloser Stationen für militärische, maritime und politische Zwecke ist ohne Zustimmung der Alliierten nicht gestattet. Militärische und maritime Luftfahrzeuge sind nicht gestattet, außer 1000 Wasserflugzeugen. Die Einrichtung von Marineflugplätzen innerhalb 93 Meilen östlich des Rheins oder 93 Meilen westlich der Ostsee oder 93 Meilen von der italienischen und scheidungsromanischen Grenze ist nicht gestattet.

**Paris, 23. März.** (Reuter.) Die Frage der Wiedergutmachung und die Festlegung der Grenzen Deutschlands überträgt im Augenblick alle anderen Fragen. Die Ausschüsse der Sachverständigen setzten die Ansprüche für die Wiedergutmachung auf 8 Milliarden Pfund fest, die mit Zinsen auf 40 Jahre verteilt, 16 Milliarden Pfund Sterling betragen. Nach Ansicht der

amerikanischen Sachverständigen betrogen die verfügbaren Mittelquellen des Deutschen Reiches und das deutsche Vermögen in Deutschland und im Auslande höchstens 24 Milliarden Pfund. Bei dieser Schätzung wird das Saarbecken als außerhalb Deutschlands gerechnet, das nach Ansicht der Kommission von den Alliierten beschlagnahmt werden kann. Sollte diese Ansicht das Uebergewicht gewinnen, so würden 1000 Millionen für die sofortige Liquidierung der Kriegsverluste verfügbar sein, wozu noch 800 Millionen Pfund zu zahlen wären. Die amerikanische Ansicht geht dahin, daß „um den Restbetrag zu erhalten, man sich hauptsächlich auf den Ueberblick, den der deutsche Handelsverkehr, verlassen müsse.“

Diese Ansicht habe zur Unterstützungsforderung, nämlich der Frage, inwiefern man der deutschen Industrie gestatten solle, mit der übrigen Welt in Wettbewerb zu treten, geführt. Die französischen Delegierten sind der Ansicht, daß man der deutschen Industrie durch Bekämpfung des Imports und Exports eine künstliche Anlegen müsse, die amerikanischen und britischen neigen dazu, Deutschland zu gestatten, seine industrielle Tätigkeit wieder aufzunehmen, damit es in der Lage ist, den Restbetrag seiner Schulden an die Alliierten zu zahlen. Die Sachverständigen schätzen den Betrag des deutschen Imports und Exports auf jährlich etwa 60 Millionen Pfund ein, mit denen der Restbetrag der Schuld in etwa 12 Jahren gelöscht werden könnte.

Dies ist die Ansicht der amerikanischen Delegierten, die aber nicht allgemein von den Alliierten geteilt wird. Die Franzosen sind zu einem gewissen Grade auch die Engländer neigen dazu, eine viel höhere Summe, die sich über einen viel längeren Zeitraum erstreckt, als Wiedergutmachung zu fordern.

Ueber die Verteilung der Schadenersatzleistungen an die Alliierten herrscht ebenfalls Meinungsverschiedenheit, da die Franzosen an erster Stelle Berücksichtigung verlangen, während die Engländer wünschen, daß die Verteilung auf der Grundlage der Kriegsverluste erfolgt. Frankreich habe die schwersten materiellen Verluste erlitten, Großbritannien dagegen habe seinen Untertanen die schwersten Steuerlasten auferlegt. Die Vereinigten Staaten haben eine Entschädigung von 1100 Millionen für verloren gegangene Menschenleben und verlorenen Besitz festgelegt. Sie haben dabei eine Entschädigung von 5000 Pfund für jedes durch unglückliche Handlungen verlorene Menschenleben festgelegt, wobei die im Kampf verlorenen Menschenleben nicht eingerechnet worden sind.

### Dänische Maßregeln des Reichshofes.

**Düsseldorf, 24. März.** Der Provinziallandtag der Rheinprovinz, der heute mittag eröffnet werden sollte, mußte vertagt werden, da dem Oberpräsidenten in Koblenz und verschiedenen Mitgliedern des Landtages das Regimentsbesetztes Koblenz die Genehmigung zur Abreise von der Provinz verweigert nicht erteilt worden ist. Auch in den Kreisen Trier und Hagen ist die erteilte Genehmigung wieder zurückgezogen worden, und zwar, wie mitgeteilt wurde, auf Befehl des Reichshofes, der den hiesigen Reichsbeamten die Teilnahme am Provinziallandtag verweigert. Der Provinzialausschuß hat sofort beim Oberpräsidenten beantragt, die preussische Regierung zu ersuchen, einen neuen Termin für die Einberufung des rheinischen Provinziallandtages zu bestimmen.

### Die Neutralen und der Völkerverbund.

**Bern, 22. März.** Der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet, die schweizerischen Delegierten bei der Pariser Unterkommission des Völkerverbundes hätten den Eindruck, daß die skandinavischen Staaten sowie Holland und Spanien nicht zögern würden, dem Völkerverbund unter Preisgabe ihrer Neutralität beizutreten. In diesem Falle würde die Schweiz der Entscheidung nicht ausweichen können, ob sie isoliert bleiben oder das Risiko des Eintritts in den Völkerverbund auf sich nehmen wolle.

### Neue Schwierigkeiten in der Völkerverbundfrage.

**Paris, 24. März.** (Agence Havas.) Nicht nur die Neutralen haben an dem Völkerverbundsprojekt Änderungen vorgeschlagen, sondern auch Präsident Wilson bringt neue Forderungen, die ihm von der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten gestellt wurden. Die öffentliche Meinung läßt die Aufhebung der Monroe Doktrin nicht zu, ebenso will sie sich in Auswandererstrafgesetzen keine Vorbehalten lassen.

### Deutschlands Lebensmittelversorgung.

#### Neue schwarze Listen. Neue Schwierigkeiten der Versorgung Deutschlands.

**5. Rotterdam, 24. März.** Aus Paris wird gemeldet: Der Wirtschaftsausschuß beschloß sich gegenwärtig mit der Beschaffung neuer schwarzer Listen von deutschen Waren, deren Ausfuhr verboten werden soll. Mit diesen Arbeiten wird noch einige Zeit vergehen, denn man will die richtige Mitte halten zwischen den Entente-mächten, die zu viel, und denjenigen, die nicht genug verdienen wollen. Berichtsweise verlornt aus Berlin, daß die Franzosen der Versorgung Deutschlands neue Schwierigkeiten bereiten. Frankreich stelle sich auf den Standpunkt, daß die Ausfuhr Deutschlands beschränkt werden müsse, u. daß bei der Lieferung von verschiedenen Waren nicht Deutschland, sondern die Entente-mächten einen Vorrang haben müßten, und daß die Alliierten die Preise für das Rohmaterial der Waren festsetzen müßten, die Deutschland durch keine Ausfuhr zu bezahlen habe.

#### Die Haltung der Bremer Seelente.

**Bremerhaven, 24. März.** Eine gestern vormittag abgehaltene Versammlung der Seelente aller Charoen beschloß, die Lebensmittelschiffe ohne Garantie nicht ausfahren zu lassen. Nach der Versammlung veranfaßten die Teilnehmer vor dem Gebäude des Norddeutschen Lloyd eine Kundgebung an die Ausfuhr der Schiffe ohne Garantie. Ueber die Versammlung wird noch berichtet, daß sie von etwa 1000 Seelenten besucht war, in der

Mehrzahl von Mitglidern des Deutschen Seemannsbundes. Nach einer erregten Unterhandlung verließen die Anhänger des Seemannsbundes demonstrativ den Saal. Die Kurdischen nahmen eine Entschickung an, in der sie sich entschlossen, auf Aufforderung der Reichsregierung mit den Schiffen auszufahren. Gleichzeitige wird die Regierung aufgefordert, für die durch eine eventuelle Auslieferung der Schiffe hinfällig werdenden Seelente in ausgiebiger Weise zu sorgen.

#### Abfahrende Lebensmitteltdampfer.

**Berlin, 23. März.** Wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, gehen folgende deutsche Schiffe nach englischen Häfen: Am 23. März ab Hamburg die Dampfer Genia, Rugia, Graf Waldersee, Kaiserin Auguste Viktoria, Alster, Gulan, Roda, Wolsburg und Germanicus; ab Emden die Dampfer Claere und Hugo Stinnes. Am 24. März ab Hamburg die Dampfer Pretoria, Reshuma, Kagera, Gernua, Fürst Bülow und Archemisa; ab Königsberg der Dampfer Varundi; ab Emden der Dampfer Voregga; ab Bremen die Dampfer Sonnenfels und Weissenfels.

#### Norwegische Lebensmittel für Deutschland.

**Berlin, 24. März.** Nach der Londoner Nachricht eines dänischen Blattes hat die norwegische Lebensmittelkommission, die am Freitag nach Paris nach London zurückkehrte, im Obersten Wirtschaftsrate der Verbündeten in Paris die Erlaubnis für die Ausfuhr von Getreide und von 7500 Tonnen Fett von Norwegen nach Deutschland erwirkt.

#### Wachsender Widerstand gegen die Zwangsbeschaffung der Lebensmittel in Saagen.

(Von unserem Korrespondenten.)  
**C. Dresden, 23. März.** Der Widerstand sächsischer Landwirte gegen die avansweise Lebensmittel-erfassung dehnt sich aus 15 Gemeinden und 2 Rittergüter der Grimmaer Gegend beschloßen, die angeordnete Milchlieferung an die Molkereien zu verweigern. 1000 Bauern und 21 Rittergutsbesitzer aus 184 Dörfern beschloßen, die Weierauna an unterzöhen.

#### Gegen einen Gewaltfrieden.

##### Kundgebungen Berliner Bürger.

**5. Berlin, 24. März.** Am gestrigen Sonntag haben in drei großen Versammlungen Tausende Berliner Bürger gegen den Gewaltfrieden und eine etwa beschlossene Verkündung Deutschlands durch unsere Gegner feierlichen Protest erhoben. Nach einer Versammlung fand eine Kundgebung durch einen aus 1000 Demonstrationszug statt, der sich nach der Wilhelmstraße zur Reichstanzlei bewegte. Dem Zuge wurden Schilder vorangetragen: „Für Deutschlands Einheit! Wir fordern einen Nichtsrieden! Wir sind für die 14 Punkte Wilsons!“ Als der erste Zug vor dem Reichstanzpalais angelangt war, erziehen Reichstanzminister Schiffer am Fenster und hielt eine kurze Ansprache, in der er namens der Reichsregierung die Erklärung, die in der Versammlung gefaßt worden war, entgegennahm und versprach, alles zu tun, was in menschlichen Kräften stehe, um sie wahr zu machen. Er schloß: „Aus Ihren Worten spricht der feste und heilige Entschluß eines ganzen Volkes, zu seinem Besten zu stehen und alles ihm zu opfern. Da in unseren Zeiten keine Regierung Kraft hat, die sich nicht stützt auf die Seele des Volkes, so hat die Regierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, der Seele des Volkes in höchsten Dingen nachzugehen und nachzusehen, und so wollen wir in demselben Geiste handeln, wie Sie ihn verkündet haben in Ihren Worten. Wir haben einen guten Grund, einen festen Boden, das ist der Boden des Rechtes, auf dem wollen wir stehen bleiben, von ihm lassen wir uns nicht abdrängen. In dem Siege des Rechtes wird das Heil des Vaterlandes liegen.“ (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Als dann die Teilnehmer der zweiten Versammlung ebenfalls vor der Reichstanzlei erschienen, antwortete auch ihnen der Reichstanzminister und betonte in seinen Ausführungen: „Was deutsch ist, muß deutsch bleiben, mag es sich um Ost oder West, mag es sich um Danzig oder das Saargebiet handeln. Seien Sie versichert, die Reichsregierung wird das Gebot der Ehr und das Gebot des Rechtes ohne Wanken erfüllen.“

Die im Circus Duld beschlossene Protestresolution lautet: „Aufs neue bekräftigen die Versammelten, daß Deutschland die Waffen niederlegt und sich zum Frieden bereit erklärt hat in Uebereinstimmung mit dem Programm des Präsidenten Wilson. Das deutsche Volk ist entschlossen, auf diesem Standpunkt fest zu beharren und die Friedensverhandlungen nur in dieser Richtung durchzuführen. Die Gegner sind ebenso wie wir an das Wilsonsche Programm betragsmäßig gebunden. Die Versammelten erwarten von den Friedensdelegierten und allen amtlichen Stellen, daß sie auf der feierlichen Forderung der Entente bestehen, wonach der Friede nur unter Gleichberechtigung auf Grund der Verlautbarung des Präsidenten Wilson geschlossen werden darf. Sie weisen entschieden jede Berücksichtigung deutschen Landes und jeden Eingriff in innerdeutsche Verhältnisse zurück. Alle Parteien und Stände sind sich einig darüber, daß jede Verletzung des Deutschtums ebenso abzuwehren ist, wie die Vergewaltigung eines anderen Volkes. Ein Wille und ein Ziel ist in uns allen lebendig: Der Friede des Rechtes und der Gerechtigkeit! Das deutsche Volk wird einen anderen Frieden niemals anerkennen.“

#### Kundgebungen der bedrängten Ostmarken.

**Danzig, 24. März.** Gestern mittag fand eine massenhafte Kundgebung der deutschen Bürger statt, an der schätzungsweise 60.000 Personen teilnahmen und bei der Anreden gehalten wurden, in denen der Wille des Deutschtums

am Festhalten der Stadt Danzig betont wurde. Nach der Demonstration begab sich Oberbürgermeister Schön zu dem Leiter der amerikanischen Lebensmittellieferung für Polen, Major Webb, und übergab die von den Kundgebern angenommenen Entschlüsse.

**Graudenz, 24. März.** Der Soldatenrat der Garnison Graudenz sandte an die Reichsregierung, die Nationalversammlung usw. Protestkundgebungen, in denen es heißt: Die Garnison Graudenz, 10000 Mann stark, wird sich jedem Versuch der Angliederung von Westpreußen an Polen mit Waffengewalt widersetzen.

**Gegen die Abtretung Danzigs an Polen.**

(Eigener Drahtbericht.)  
h. Saaz, 24. März. Aus Paris wird gemeldet: Die britischen Delegierten haben im Rate der Sechzig Widerpruch erhoben gegen die Abtretung von Danzig an die Polen und verlangen, daß der Zugang zu Meere nicht die von den Polen verlangte Breite von 100 Kilometern betrage, sondern wesentlich schmaler bemessen werden muß.

**Schleswig-holsteinischer Protest.**

Schleswig, 24. März. Bei Kundgebungen von Tausenden Schleswig-holsteinischer Männern und Frauen für die Rückkehr zu Deutschland wurden Entschlüsse gefaßt, in denen Protest gegen die Abtretung an Dänemark und gegen eine deutsch-dänische Republik erhoben wird.

**Die deutsche Republik.**

**Der sozialdemokratische Parteiausflug.**

Berlin, 24. März. In der gestrigen Aussprache des sozialdemokratischen Parteiausfluges und der Fraktion in Weimar wurde ein Antrag, den Parteitag am 23. April beginnen zu lassen, sowie ein anderer, der ihn für den 11. Mai in Aussicht nahm, abgelehnt, hingegen wurde die Festlegung des Parteitages auf den 11. Juni, also auf die Pfingstwoche, mit großer Mehrheit beschlossen. Mit diesem Termin hat sich, laut „Vorwärts“, auch der Parteivorstand einverstanden erklärt.

Aus den Verhandlungen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, geben die Blätter hervor, daß das Parteivorstandsmittglied Hermann Müller dem Minister Koste für seine Verdienste um die Partei und um das deutsche Volk dankte. Wenn auch Übergriffe der Regierungstruppen vorgekommen seien, so habe Koste doch das deutsche Volk vor dem Chaos und vor dem Bolschewismus bewahrt. Ungarn sei für die Entente eine Warnung.

In der gegen eine Stimme angenommenen Entscheidung der Konferenz wird gesagt: Die Konferenz erneuert das programmatische Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, nimmt dieses Recht auch für das deutsche Volk in vollem Umfange in Anspruch und erhebt feierlich Einspruch gegen jede Verweigerung deutscher Volksgenossen. Sie verurteilt in gleicher Weise gegen jeden Versuch, das deutsche Volk in wirtschaftlicher Sklaverei zu halten und seine Wiederaufrichtung zu verhindern, sie beansprucht für Deutschland die gleichberechtigte Zugehörigkeit zum Völkerbunde, dem anzugehören das deutsche Volk durch seine Kulturarbeit und seinen aufrichtigen Friedenswillen vollumfänglich ist.

Berlin, 24. März. Zu den politischen Fragen nahm die Konferenz Stellung in zwei Resolutionen. Die eine ging von Schiller-Stuttgart und den süddeutschen Delegierten aus; sie enthält eine Stellungnahme zum geltenden Wahlrecht und fordert schließlich Maßnahmen der Regierung für die Demokratisierung im Reich. Zur Mitwirkung an den Sozialisierungsmaßnahmen sind geschickte geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen, die in der Verfassung der deutschen Republik verankert werden müssen.

Eine weitere Resolution protestiert aufs schärfste gegen die Absicht eines Gewaltfriedens von Seiten der Entente.

**Weitere Aufgaben der Nationalversammlung.**

Als parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:  
Die deutsche Nationalversammlung wird aller Wahrscheinlichkeit nach länger tagen, als ursprünglich angenommen worden ist. An der Beratung der Reichsverfassung und des unkanonischen Steuerprogramms kommen auch Vorarbeiten, die sich aus dem Absicht der Friedensverhandlungen erheben werden. Erwartet wird ferner die Vorlage über die gesetzliche Neuordnung der Verfassung der Reichsbehörden und Reichsbehörden, aus deren Einbringung man in einigen Wochen rechnet. Die Nationalversammlung soll nicht erst aufgelöst werden, bis der auf Grund der neuen Reichsverfassung zu wählende Reichstag berufen sein wird. Die Vorarbeiten der Reichstagswahl dürfte für die ersten sechs Monate dieses Jahres zu erwarten sein. Angesichts der außerordentlichen Wichtigkeit ist verschiedentlich der Gedanke erörtert worden, die Nationalversammlung als ersten Reichstag überzuführen; bisher hat dieser Gedanke jedoch noch keine Grundlaage erhalten.

**Die Grundzüge der neuen schäffischen Regierung.**

(Von unserm Korrespondenten.)  
E. Dresden, 23. März. An der Volkskammer leitete Ministerpräsident Dr. Gradinauer die politischen Grundzüge der neuen Regierung dar. Die Regierung tritt für Ausbau und Stärkung des Reiches ein. Die sozialistische Entwicklung ist zu fördern, das soziale Wirtschaftswesen besonders sorgfältig zu behandeln, den Arbeitern mehr Einfluß auf die Betriebe einzuräumen, die Gewerbeaufsicht auszubauen, die Erziehung und Religionsfragen sind in Uebereinstimmung mit der deutschen Nationalversammlung zu behandeln, in der Reichsversammlung sind die demokratischen Grundzüge durchzuführen.

**Ein Freikorps Lettow-Forbes.**

(Eigener Drahtbericht.)  
h. Berlin, 24. März. General L. Lettow-Forbes, der Verteidiger Deutsch-Ostafrikas, stellt jetzt in Berlin ein Freikorps auf, das der Garde-Kavallerie-Schützen-Division unterstellt werden wird.

**Bodens Dank.**

Dem Reichswehrminister ist das nachstehende Schreiben von badischen Ministerpräsidenten ausgegangen: Euer Hochwohlgeboren haben durch Zurberichtigungstellung von Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung in Mannheim dem badischen Lande einen großen Dienst erwiesen. Nur auf die Mitwirkung dieser Truppen, deren tabellarische Stellung ich mit Freuden anerkenne, ist es mir gelungen, daß der Einmarsch des badischen Freiwilligen-Bataillons in Mannheim sich reibungslos vollzog. Im Namen des badischen Regierungsministeriums beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren zu bitten, den verbindlichsten Dank für die schnelle und tatkräftige Hilfe entgegenzunehmen zu wollen.

**Die politische Lage in Baden.**

Mit der Vollendung des Verfassungsmerkes haben Nationalversammlung und vorläufige Volksregierung ihren Zweck erfüllt und daher keine Fortsetzung mehr. Im Verfassungsausschuß hat man die Ansicht vertreten, eine Volksabstimmung darüber herbeizuführen, daß die am 5. Januar 1.3. als badische Nationalversammlung gewählte Körperschaft als ordentlicher Landtag bis 1923 bestehen bleibt, um dem Lande die unermesslichen Aufwendungen eines neuen Wahlkampfes zu ersparen. Die vorläufige Volksregierung tritt in der Tat in ihrer Gesamtheit in den nächsten Tagen zurück, wenn der Verfassungsentwurf auch in der zweiten Lesung angenommen sein wird, wozu nicht zu zweifeln ist. Die zweite Lesung hat mehr formellen Charakter; es ist möglich, daß die einzelnen Fraktionen ihren Standpunkt dazu noch einmal darlegen lassen.

Nach § 53 der Verfassung besteht das zukünftige Staatsministerium aus höchstens sechs Ministern, deren Geschäftsbereich durch Gesetz geregelt wird. Die Minister werden aus dem Landtag wählbaren Staatsbürgern unter Bezeichnung der von ihnen zu verwaltenden Ministerien vom Landtag in öffentlicher Sitzung gewählt. Aus den Ministern ernannt dann der Landtag den Präsidenten, der die Amtsbekleidung „Staatspräsident“ führt, und seinen Stellvertreter. Demnach wird die Wahl des Staatspräsidenten sowie der übrigen Mitglieder der neuen Regierung der erste Gegenstand der am nächsten Mittwoch oder Donnerstag stattfindenden Sitzung sein, wenn bis dahin eine Einigung unter den Parteien über die Ein- und Verteilung der Ministerien erzielt sein wird. Vorher wird in dieser Sitzung ein Gesetz über die Regelung des Geschäftsbereichs der Minister beraten werden. Nach Absatz 2 des § 53 der Verfassung können dem Staatsministerium nach Bedarf Mitglieder ohne eigenen Geschäftsbereich (Staatsräte) mit Sitz und Stimme vom Landtag beigeordnet werden, die wie die Minister gewählt werden. Daher werden in der gleichen Sitzung auch die Staatsräte gewählt. Wir werden also voraussichtlich gegen Ende dieser Woche das endgültige Kabinett haben.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Wir müssen daher noch einige Tage Geduld haben. Ein Bild in die badische Provinzpresse sagt uns, daß dort eine gewisse Nervosität herrscht, die aber gänzlich überflüssig ist. So wurden kürzlich einige Zeitungen aus Baden, daß bereits am 20. März die Volksabstimmung über die badische Verfassung stattfinden wird, uns ist die betreffende Nachricht ebenfalls zugegangen, wir haben sie aber, da wir sie auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse nicht für richtig halten konnten, dem Papierkorb überlassen. Nun wird in den gleichen Zeitungen mitgeteilt, daß dieser Zeitpunkt sehr wahrscheinlich nicht wird eingehalten werden können, weil bis dahin die Vorbereitungsarbeiten noch nicht fertig sein dürften; als nächster vernünftiger Termin wird der 4. Mai bezeichnet. Eine Zeitung hält dabei die Wörter „Volksabstimmung“ und „Volksreferendum“ für zwei verschiedene Begriffe; aus Abschnitt III der Verfassung kann sich das betreffende Wort dahin informieren, daß „Volksabstimmung“ die deutsche Uebersetzung des Fremdwortes „Volksreferendum“ ist. In einem Heidelberger Blatt konnte man ferner am Freitag die sensationelle Ueberschrift „Aufschub der Verfassung“ in Baden“ lesen. Zu gleicher Zeit, in der die Zeitung in Heidelberg die Notationsmaschine verleiht, nahm die Nationalversammlung im Ständehaus in Karlsruhe einstimmig den Verfassungsentwurf an und gab somit dem badischen Volke die lang ersehnte Verfassung. Veranlassung zu dieser Ueberschrift gab dem Blatte die ihm von Karlsruhe übermittelte Meldung, daß die zweite Lesung des Verfassungsentwurfes am Dienstag erfolgen wird.

Wir wollen für heute nur diese beiden Fälle festhalten, die, wie gesagt, zur Aufklärung sind auf eine vollkommen unbegründete Nervosität. Verzeihen darf allerdings nicht werden, daß durch solche übertriebene, größtenteils sogar falsche Meldungen, die den Stempel der Richtorientierung deutlich sichtbar tragen, draußen im Lande viel Unheil angerichtet werden kann, was namentlich in der gegenwärtigen Zeit außerordentlich zu bedauern ist, daher weniger Sensation, dafür aber eingehenderes Studium der einschlägigen Unterlagen!

**Zur Verfassung des Beamtenstandes.**

(Eigener Bericht.)  
Die badische Volksregierung hat die Absicht, von dem ihr im Beamtenangehörigen Reich Gebrauch zu machen und die Beamten, die das 6. Lebensjahr überschritten haben, zu Ruhe zu setzen. Dadurch erwacht zwar der Staatskasse eine erhebliche Pensionssumme, die aber dadurch aufgehoben wird, daß neben einer Verjüngung des ganzen Beamtenstandes den jüngeren Beamten die langst ersehnte eintägige Anstellung endlich zu teil werden kann und überhaupt eine Verbesserung im Vordringen aller Beamten herbeigeführt wird. In dieser Richtung wird die Regierung nicht sehr zurückhaltend sein, wie sich aus folgendem ergibt. Dem Vorstand der Beamten- und Lehrervereine Badens hat das Finanzministerium auf eine Anfrage, ob Beamten, die das Pensionalter von 66 Jahren erst im Späthjahr dieses Jahres erreichen, auf Antrag schon auf April oder Mai d. J. ihre Zurückziehung erhalten können, erwidert: Wenn Beamte, die das 66. Lebensjahr erst im Späthjahr dieses Jahres erreichen, ihre Zurückziehung schon auf einen früheren Zeitpunkt beantragen werden, so beabsichtigen wir, falls nicht etwa besondere Umstände vorliegen, keine Einwendungen dagegen zu erheben, sondern die Gesuche, soweit wir in ihrer Vertheilung zuzustimmen sind, zu genehmigen, andernfalls sie der vorläufigen Volksregierung zur Vorberatung vorzulegen.

Als Nachfolger des zum Verwalterhof berufenen Geh. Regierungsrat Dr. Mal ist Oberamtmann Karl A. N. Springer in Staufen zum Amtsvorstand in Schwaben ernannt worden. Oberamtmann Springer ist im Jahr 1870 als Sohn des Bezirksrates und späteren Reichstagsabgeordneten Dr. Leopold Springer in Karlsruhe geboren, fand im Jahr 1902 seine erste Anstellung als Amtmann beim Bezirksamt Brudlach und wurde im Jahr 1906 nach Karlsruhe versetzt. Sein Name erinnert an eine unruhige Handlung der früheren badischen Regierung. Als Oberamtmann Springer im Jahr 1910 in einer Veranlassung des national-liberalen Vereins in freimütiger, aber von der Regierungspolitik Kritik übte, wurde er daraufhin als Amtsvorstand nach Staufen versetzt. Die Maßregel hat damals in allen liberalen Kreisen schärfste Mißbilligung erfahren. E. F.

**Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten-Organisationen.**

Karlsruhe, 24. März. In einer kürzlich abgehaltenen Sitzung der Vorstände und Vertreter von Verbänden und Vereinen der unteren Eisenbahnbeamten wurde einstimmig die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der unteren badischen Eisenbahnbeamten-Organisationen beschlossen. Die Sitzungen wurden genehmigt. Sie gehen von dem Gedanken aus, daß jeder Verein seine Selbstständigkeit behält, und daß auch der Anschluß an den Beamten- und Lehrerverband bestehen bleiben soll. Zur Leitung der Arbeitsgemeinschaft wurde ein geschäftsführender Ausschuss gewählt, dessen 1. Vorsitzender Fahrtenruder R. Förschauer, dessen 2. Vorsitzender Weidemann R. Böls

ist. Zum Schriftführer wurde Betriebsassistent Solzwarth und zum Kassier Güterbediener Bachmann bestimmt. Die Gründungsversammlung befaßte sich noch mit den Forderungen der unteren Beamtenschaft in bezug auf Aufstellungsvorläufe, Nachdienstzulagen und Verbesserungen beim Urlaub.

**Mittelschulen.**

Als einziger zielbewusster Vertreter für die Interessen der heranwachsenden Jugend in den Mittelschulen ist bisher Herr Professor Wilhelm öffentlich hervorgetreten. Au bemerkenswert ist, daß niemand zu seinen sehr beachtenswerten Ausführungen Stellung nimmt. Man hört nicht, welche Haltung die Regierung einnehmen möchte, es äußern sich nicht die Eltern, denen doch allen der bisherige schullehrerliche Geist an den Mittelschulen ein Grauel war, still sind die Lehrer, die vor allen anderen Berufen die Mühe unserer Jugend kennen und für deren gesundheitliche Interessen eintreten sollten; man vernimmt auch keine Wünsche von Vertretern der höheren Klassen der Mittelschulen. Alles acht seinen bisherigen Gange weiter. Die Schüler werden in den höheren Klassen von manchem Lehrer weiterhin wie kleine Kinder behandelt. Detractionen betreffen es nicht, wenn die Jungen ihren Herzen einmal in allzu verständlicher Weise Luft machen. Reiz ist nicht mehr viel zu verlieren; man muß unbedingt jetzt darauf aussetzen, den Drill, wie ihn Prof. W. mit Recht tadelnd, abzuschaffen und den Jungen mehr freie Entwicklung lassen.

Dem Vorleser des Prof. W. die Kinder möglicherweise bis zum 6. Schuljahr in der Volksschule zu belassen, muß unter allen Umständen dem radikalen Standpunkt aus heftigst entgegengetreten werden. Gerade in dem jugendlichen Alter bedarf der Körper einer besonders liebevollen Pflege, wenn er für die späteren Jahre widerstandsfähig gemacht werden soll. Wie viele sind in dem Alter von 9 Jahren körperlich noch in der Entwicklung zurück, daß sie arthritischen, an ihren Körper angelegten Anforderungen des Mittelschullehrerstandes nicht mehr gewachsen sind! Es wird dort auch gar nicht darauf geachtet, die körperliche Entwicklung zu fördern. Eine oder zwei Turnstunden in der Woche müssen zur Körperpflege genügen, in den übrigen Stunden sind Leibesübungen verpönt. Die jüngeren und älteren Schüler werden im Geamtteil angenommen, ganz rubia fundana in der Schule auf teilweise recht unbehaglichen Bänken zu sitzen, und wenn dann ein Schüler unrubig auf seinem Platz hin und her rückt, so wird er in vielen Fällen noch amarrack. Nach fundanaem Siben in der Schule werden die Aufgaben noch deatzt bemessen, daß die Schüler auch zu Hause nochmal mehrere Stunden an Verhältnissen des Reifens sitzen müssen. Unablässigkeit, Wirbelsäuleverkrümmungen und Kurzsichtigkeit sind die Folgen dieser Erziehungs-methode. Diese Uebelstände Ueberbürdung zeitlich außerdem vielfach nervöse Ueberreizung, die sich meistens in Verdauungsstörungen äußert und damit zu einer Beeinträchtigung der körperlichen Fortentwicklung führt. Ein Teil der Schüler kommt infolge des viel zu frühen Beginns des Mittelschulunterrichts aus dem Elternhause in fremde Familien, wo nicht die nötige Sorgfalt auf die Körperpflege verwendet wird. Ein anderer Teil muß hundertweise Entfernungen von auswärts zu Fuß und mit der Bahn zurücklegen, wodurch er überhaupt um jede Ruhezeit gebracht wird.

Viele dieser Mängel ließen sich vermeiden oder zum mindesten vermindern, wenn Schüler erst mit dem 12. Lebensjahr die Mittelschule besuchen. Der besseren körperlichen Entwicklung entgegen würde auch eine fortschrittlichere Entwicklung der activen Rähigkeit, leichtere und schnellere Auffassung der Fremdsprachen und der mathematischen Fächer. Das Studium könnte wohl in 6 Jahren beendigt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der eine oder andere un-nötige Wallah über Bord amorken würde. Manche Stunde käme in Besatz. A. V. Schreiben, Genaradhe, Rechnen (betontlich sind die Volksschüler im Elementarrechnen besser als die Mittelschüler).

Der Hauptmangel der Schule ist doch, die Kinder aus loaischen Denken herauszubringen; es darf ihnen nicht durch pedantischen Drill die Freude am Lernen bereift werden. Nicht darauf kommt es an, daß ein Schüler im Still seine oder nur wenige Fehler macht, sondern der Schüler muß den Sinn der Sprache richtig erfasst haben. Bei der fiesigen Art des Korrigierens und Notenmachens ist das Urteil über die Rähigkeit eines Schülers in vielen Fällen durchaus nicht einwandfrei. Nur richtiger Beurteilung eines Schülers bedarf unbedingt individu-uelle Behandlung; um das erreichen zu können, muß die bisherige Methode verkindern. Bei der Lehrer mehr den unmittelbaren Vortrags-fächer, als den vordringlichen Freund und Erzieher vorzuziehen, dem der Schüler mit Vertrauen zu beacenen sich nicht aetraumt.

Diese individuelle Behandlung wäre aber nur möglich bei einer entsprechenden Verkleinerung der Klassen, wie dies schon einmal von mir in einem Artikel im „Karlsruher Tagblatt“ anarrakt wurde. Bei kleineren Klassen ließe sich in verhältnismäßig kürzerer Zeit das Studium anerkennen in der Schule erledigen, die Hausaufgaben könnten auf ein Minimum beschränkt werden. Bekümmerte Väter und Mütter keine Rolle spielen, wenn es sich um das Wohl ihres Nachwuchses handelt.

Um aber den Geist zu betandeln zu können, darf er in kürzerer Zeit als bisher das notwendige Wissen in sich aufnehmen, mühte vor allem der Körper erhaltlich werden. Mindestens ein Tag in der Woche für Sport, am besten der Sandbad; außerdem 1-2 Turnstunden wöchentlich von geübten Turnlehrern. Am Sommer istlich Freischwimmen, im Winter Sportarten mit Freischwimmen, Schittschuh- und Schlitten usw. Viele Unterrichtsstunden ließen sich im Laufe des Jahres sparen, wenn die Schüler nicht mit diesem moanen mit jenem Schüler sich über irrendwische Fragen unterhalten, die nicht gerade zum Unterrichts gehören. Schüler und Lehrer kämen sich auf diese Weise näher; es würde auch mancher Lehrer über die Kräfte eines Schülers anders urteilen, wenn er mehr persönlich mit dem Schüler in Verbindung käme. Mancher Schüler würde freier seine Ansicht äußern, wenn ihn nicht die Enge des Schulsaals bedrückt. Baden nennt sich doch gern das Mutterland; es möge auch in diesem Falle als Mutter den anderen Ländern voranziehen. Dr. med. W.

**Die Not der Volksschule.**

Au den in Nr. 80 unter obiger Ueberschrift angeführten Punkten, die auf Oetern für die Volksschule gefordert werden, wäre noch hinzuzufügen: Verklärung der Oetertiere auf dem Lande auf 14 Tage (bisher vom Palmsonntag bis Oetertag). Schon 1915 war der badische Lehrerverein mit diesem Wunsch beim Ministerium vorstellig geworden, ohne Erfolg. Weisheit hat die neue Regierung darin ein Einsehen. Was in der Stadt schon seit Jahren Lehrern und Schülern achillisch ist, warum sollte das nicht auch die Landeskule fordern dürfen? Wer die Verhältnisse kennt — und die Regierung muß sie kennen — wird die Forderung — schon wegen des Oetertages — in der Notwendigkeit — bedenklich finden. —

**Aus Baden.**

Karlsruhe, 23. März. Die bad. Handelskammern haben in Verbindung mit den Schiff-fabrikgesellschaften eine Kundgebung erlassen, in der die energische Einspruch gegen jeden Versuch der Vornahme linkerhandiger Landesteile erheben, die alsbaldige Freigabe des Keiler Brückenkopfs und die Aufrechterhaltung des freien Schiffs-fahrtsverkehrs auf dem Rheine verlangen.

Wosheim, 23. März. Die Typhusepidemie scheint nun endlich ihrem Stillstand entgegen zu gehen, nachdem die Keuzzüge an Kranen abgenommen haben. Die Gesamtfranzosen betragt jetzt 1646, die Zahl der Todesfälle 36. Die Widerstandskraft der Einwohner gegen den Krankheitskeim ist durch die ungenügende Ernährung aufs äußerste geschwächt. Um bei den Abendmahlzeiten in den evangel. Kirchen eine Anstiedung zu verhindern, soll überall der Einzelstisch eingeführt werden. — Auf dem Bahnhof Müllacker ist der Bahnarbeiter S. Reichle überfahren und getötet worden.

Mannheim, 21. März. In der jüngsten Stadtrats-sitzung wurde die von Herrn Bürgermeister v. Hollander erbetene Verlesung in den Hube-stand genehmigt. Herr v. Hollander hat seit Herbst 1898, also seit mehr als 20 Jahren, an leitender Stelle mit größter Hingebung der Stadt gedient und insbesondere auf dem Gebiete der Volkshilfs-erziehung in einem weit über Badens und Deutsch-lands Grenzen hinaus als hervorragend gewürdig-ten Wirken ausgezeichnet geleistet. Der aus dem Amte scheidende verdienstvolle städtische Beamte, der im 68. Lebensjahre steht, ist gebeten worden, die Geschäfte bis so lange weiterzuführen, bis die Übernahme seiner Obliegenheiten durch andere Kräfte gesichert ist. — Die Stadtverwaltung geht jetzt in der Beschaffung von Mietwohnungen mit aller Schärfe vor. In verschiedenen Fällen, in denen Wohnungen lediglich zur Aufbewahrung von Möbeln verwendet sind, wird den Hauseigen-tümern oder Inhabern der Wohnungen zur Mithilfe gemacht, die Wohnungen sofort wieder ihrer eigentlichen Bestimmung auszuführen. In 24 Fällen, in denen sich die Verfügungsberechtigten weigerten, ihre Räume für Mietwohnungen abzurufen, wird gegen sie eingeschritten. In einem öffentlichen Ge-bäude, in dem sich im Dachgeschoß Mietwohnungen einrichten lassen, wird die zuständige Behörde er-sucht, die Wohnungen selbst einzurichten oder die Räume zur Einrichtung der Wohnungen der Stadt zu überlassen. Ferner wird das zuständige Mini-sterium ersucht, einen Teil der zu Geschäftsräumen einer hiesigen Staatsbehörde gemieteten Woh-nungen für Wohnzwecke freizugeben. Schließlich werden im Seitengebäude des Rathauses im Vor-ort Heidenheim zwei und im Hofgelände der Dra-gonerkaserne in M. 4. die seitler hauptsächlich Krankenhauszwecken dienende drei Mietwohnungen eingerichtet. Die Bauarbeiten laufen nunmehr allmählich in Fluß. Der Stadtrat beschloß die bau-pollzeiliche Genehmigung zum Bau von 42 Ein-familienhäusern der Gartenstadt und einiger Häuser durch eine private Unternehmung auf dem Hinder-berg mit insgesamt 82 Wohnungen zu befristieren.

Durlangen bei Lahr, 23. März. Wegen Urkundenfälschungen, begangen in betrügerischer und gewinnstüchtiger Absicht in der Leiter der hiesigen Volksschule, Friedrich Klump, verhaftet worden und mit ihm der Schriftführer, die Schriftführerin und noch ein anderes Mitglied der Volksschule. Sie hatten lt. „Lahr. Bl.“ Leute in die Volksschule eingetragten, die sich schon längere Zeit gar nicht mehr bei der Volksschule befanden.

Lahr, 23. März. Die Landespolizeibehörde beschlagnahmte auf dem hiesigen Bahnhof neun Schinken und 27 Kilo Fett, die auf dem Schlei-weg nach Karlsruhe geben sollten. Ferner wurde ein junger Mann verhaftet, der bei den Unruhen in Mannheim aus dem dortigen Gefängnis ent-wichen war. — In Reichenbach ist das Anwesen des Landwirts Dr. S. Schreppmann bergebracht.

Alfheim bei Überlingen, 23. März. Durch die Unvorsichtigkeit eines 15jährigen Dienstknechts ge-riet das Anwesen des Landwirts Dr. Gruber in Brand und wurde eingeeäschert.

Konstanz, 23. März. Die Untersuchung der Staatsanwaltschaft hat ergeben, daß es sich bei den beiden Verbrechen, von denen der eine bei der Verhaftung erschossen, der andere schwer ver-letzt wurde, nicht um zwei Brüder, sondern um den Andreas Gittelwein von Dinsbach und den Wil-helm Biganowski aus Oppenheim handelt. Die Verbrechen waren offenbar in der Absicht hieher gekommen, um Eintritte zu verüben, denn man fand bei ihnen Dietriche, Hammer, Meißel, Feilen usw. Der schwerverletzte Biganowski ist seinen Verletzungen erlegen. Der von einem der Ver-brecher durch die Brust geschossene Schußmann Fischer, der erst vor wenigen Tagen von Mann-heim hierher verlegt worden war, dürfte mit dem Leben davon kommen.

**Aus dem Stadtkreise.**

Zum Gedächtnis Dienstadt. Im Blumen-geschmückten Orinal der Architekturabteilung der Hochschule fanden sich am Samstag nachmittag seine Kollegen und alten Schüler zu einer intimen Ge-dächtnisfeier für den in der Mitte seiner Jahre dahingewandenen Meister, Lehrer und Kenner Friedrich Dienstadt zusammen. Prof. Sadur hielt die Rede, der man die innere Anteilnahme am Werden und Vergehen des großen Toten anmerkte.

Unsere Schneeschuhverleiher, die der vergangene Winter nicht allzu sehr durch seine Günstigkeiten ver-nichtet hatte, suchten am gestrigen ersten Frühling-ssonntag zu retten, was noch zu retten war, und tauchten in beträchtlicher Anzahl mit den Frühlingen, soweit sie nicht schon am Samstagabend die Landeshaup-tstadt verlassen hatten, die Fahrt in die Berge an. Sie wurde nun ihren Hoffnungen auch nicht getrübt: eine prächtige, vom Sonnenlicht überzogene Winter-landschaft, wie sie der Winter in diesem Jahre nur selten dargeboten hat, wartete über, und auch die Schneeverhältnisse waren günstig, als man sie um diese vorgeschrittene Jahreszeit gewöhnlich trifft. Die Bretter konnten schon in den Höhenlagen von 800 Meter angebracht werden; allerdings zeigte sich der Schnee an den Hängen, die der Wägenneue ausgelegt waren, besonders am Vormittag etwas weich und „hängig“, aber in den späteren, früher gewordenen Tagesstunden ließen die Bretter „wie ge-schmiert“. Die hiervertheilten Wägen boten einen prächtigen Anblick, so daß nicht nur dem Winter-berieser, sondern auch dem Naturfreund das Herz im Reize lockte. Auf den Höhen gab es vorübergehend eine herabragende schöne Fernsicht.

Der erste Transport schwerverwundeter und schwer-tranker deutscher Kriegsgefangener verläßt, wie die französische Kommission in Spa mitteilt, am 24. März und geht über Belgische nach Deutschland. Er umfaßt 840 Gefangene, von denen etwa 100 ge-fragt werden müssen.

**Städtisches Konzerthaus.** Robeques köstliche Satire über die deutsche Kleinräuber, poht in ihrer übermeiergemüchlichkeit gut in den kleinen Rahmen des Konzerthausbühnen. Von Herrn Herz, der die kleine Beschränkung recht treffend herausbrachte, hübsch illustriert und mit niedlichen Bühnenbildern versehen, hatte das alte Lustspiel einen vollen Erfolg und bereitete einen vergnügten Abend. Die Einzelszenen waren fast alle gut, nur hätte das Tempo etwas flotter sein dürfen. Ein gewinnendes Liebespaar waren Hedwig Holm und Rudolf Esfeld in ihrer hübschen Liebesschwärmerlei. Paul Müller als als Großmutter trat im ganzen in Zustimmungen und Anlage die Figur, nur hätte sie unersetzlich einen hübschen älteren und aristokratischen Nebencharakter. Frau Frey als die hübsche Nachbarin — bis hin die aufgeregte Note der einen — komisch. Von der überaus tüchtigen Schiedsrichterin Herr Söders, die beste Schiedsrichterin des Abends. Herr Sögelmann als Schiedsrichter überließ sich sehr. Das Publikum unterließ sich gut, hauptsächlich in den Szenen, in denen der Nebenbühler von dem heimlichen Liebespaar einen Nicht geführt wird, und mißtrauischen durch das schreiende Rufen Hedwig Holms, und sperrte die Türen. **M.**

**Der Neid und der Kriegsbeschädigten.** Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Karlsruhe, hielt am Mittwoch im Hotel-Restaurant „Gartenhof“ mit dem bereits bestehenden Kriegsbeschädigten-Interessenverband (K.B.) seine vierteljährliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand die Besetzung der Stellen beider Gremien, die auch mit großer Befriedigung und großem Beifall aufgenommen wurde. Nach der Besetzung durch den 1. Vorsitzenden sprach Namens dieser über die Einigungsverhandlungen in der Kaiserstraße und die Befreiung der Kriegsbeschädigten. Kamerad Westmann Klump erklärte die bisherige Tätigkeit als 1. Vorsitzender des K.B. und schilderte die notwendige Zusammenfassung der Sachgruppenbildung, von dem Gedanken ausgehend, daß die Einzelinteressen innerhalb der Gruppe gewahrt und gefördert werden können. Jede Sachgruppe einen Obmann im Vorstand. Die Sachgruppen sind: Arbeiter, Handwerker, Kaufleute und Handlungsgehilfen, Beamte und Angestellte, Rechtsanwälte, Ärzte und freie Berufe. Darauf erfolgte die Abstimmung über die Besetzung der Stellen. Die Besetzung wurde durch den 1. Vorsitzenden Julius Wendel, 2. Vorsitzenden Gottfried König, 1. Schriftführer Friedrich Müller, 2. Schriftführer Friedrich Siegel, 3. Schriftführer Wilhelm Hemmerle. In den 16-gliedrigen Vorstand, der sich nach den Vereinbarungen mit dem K.B. zur Hälfte aus Kriegsbeschädigten und Kriegsbeschädigten zusammensetzen hat, wurden die Kameraden Schanz, Gadow, Müller, Bronner, Seeger, Stahler, Dreundlich, Walter, Schmidt, Wände und Buch einstimmig gewählt. Die einen Ratifikationsschein wurden vorgeschlagen: Hermann Natanson, Arbeitersekretär Brull, Rechtsanwalt Klump, Redakteur Winter, Lehrer Müller und Kaufmann Meißel. Die Geschäftsstelle befindet sich noch bei dem 1. Schriftführer Friedrich Müller, Eisenweinstraße 28.

**Koncert des Karlsruher Liederkreis.** Das große Interesse, dem die Konzerte unserer hiesigen Männergesangsvereine allenthalben begegnen, hat auch am letzten Samstag, als der Karlsruher Liederkreis im großen Festsaal vor dem städtischen Publikum sein diesjähriges Frühjahrskonzert gab. Der sehr stattliche Männerchor zeigte sich an diesem Abend wieder von seiner besten Seite. Freude am Singen, Begeisterung für das deutsche Lied offenbarten sich in jeder der Darbietungen. Der Verein verfügt über langweiliges, frisches Stimmmaterial, das Kapellmeister Heinrich Cassimir, ganz seinem Willen dienlich gemacht hat. Die Chöre stehen fleißiges, liebevolles Studium erkennen. Unter Cassimirs temperamentvoller Leitung erklangen sie in großer Schönheit; die Stimmen waren gut angeordnet, der Zusammenhang voll und tragend. So erkundete, um nur einige Lieder aus der großen Reihe zu nennen, Kreuzers „In das Vaterland“ eine sehr stimmungsvolle Weibergabe, lebendig erklang Sogors „Morgen im Wald“, im großen Fortschritt sang der Chor die „Selbstanklage“ von Wendel. Mein „Hemmatland“, eine gehaltvolle Komposition von Karenz Cassimir, dem Bruder des Liederkreis-Chormeisters, wurde frisch gesungen. Das Lied der Chor mit besonderer Hingabe für das Veranstaltungswirkungswort bezeichnende „Grüß dich Gott“ einsteht, ist natürlich, ist es doch eine langweilige, passende Schöpfung seines Dirigenten Cassimir, die ihre Wirkung auf den Hörer nie verliert. Die einzelnen Chöre fanden stets warmen Beifall, der besonders noch dem letzten Lied sich zu lebhaften Jubelrufen für Heinrich Cassimir gelaßt.

Die Sängerin des Abends, Marie Oeber aus Heidelberg, hinterließ einen vorteilhaften Eindruck, wenn auch ihre Darbietungen nicht immer den Eindruck des Fertigen machten. Die Dame vertritt über einen schönen, warmen Alt, der besonders in der Tiefe metallisch und durchdringend klingt. Die Stimme wird im allgemeinen gut behandelt, häufiges Tremolo wird sich bei fortwährendem Studium beseitigen lassen. Harte, leichte Lieder liegen der Sängerin vornehm am besten, so wurde besonders Schuberts „Gedehms“ außerordentlich schön, lustig gesungen. Auch Brahmsens „Auf dem See“ und „Der Musikant“ von Hugo Wolf zeigten guten Vortrag und hohes Empfinden. Für „Was ist das“ von Wagner, zumal die Stimme in den höheren Tönen nicht die nötige Stärke besitzt, um derartige Gesänge eindrucksvoll wiederzugeben.

Eine Heirat brachte die junge Pianistin Gertraud Mettenberger, in der man eine vorzügliche Pianistin kennen lernte. Aus ihren Vorträgen sprach eine außerordentlich harte musikalische Begabung. So erkundete u. a. Chopins Nocturno in G-Dur eine bezaubernde Auslegung. Die junge Pianistin hat einen produktiven Anschlag, ihr Spiel ist fordernd, die Technik, die besonders in der „Zornetella“ von Moszkowski zur Geltung kam, ist weit fortgeschritten, das Postspiel sehr klar und verständlich. Das Pianistin Mettenberger auch zwei eigene Kompositionen spielte, war nicht unbedingt nötig, denn man kann eine sehr gute Pianistin sein, und doch als Komponistin nur Mittelmaßes leisten. Doch geben die beiden anbruchsreichen Etüden der Pianistin immerhin Gelegenheit, ihr pianistisches Können von der besten Seite zu zeigen, was auch von ihr als Pianistin ungarischer Musik nicht die in den dramatischen Partien nicht immer erschöpfend wiederzugeben, doch eine bemerkenswerte künstlerische Leistung war. Die Pianistin Mettenberger wurde ebenso wie die Sängerin durch herzlichen Beifall ausgezeichnet. Beide Künstlerinnen dankten durch Applaus.

Heinrich Cassimir, der emsige musikalische Leiter der Vereins, war auch als Begleiter am Flügel ganz am Platze. Sein anscheinendes, klar gehaltenes Spiel kam den Liedervorträgen gut zustatten. **L.**

**Ans der Geschichte der „Liederhalle“ 1842.** In dem etwa 24 000 Einwohner zählenden Karlsruhe der 40er Jahre war neben dem Hoftheater der zur Gesellschaft „Eintracht“ zählende „Cäcilienverein“ der Mittelpunkt des musikalischen Lebens der Stadt. Aus dem Vorstande des Cäcilienvereins erging 1842 der Aufruf zur Gründung eines Männergesangsvereins (es bestanden damals nur die Liedertafel 1839 und der Liederkreis 1841), der darauf, am 19. Dezember 1842, unter dem Namen „Liederhalle“ gegründet wurde. Hofmeister Baumann war der erste Chorleiter. Sekretär Joß erster Gesellschaftsleiter. Die „Liederhalle“ entfaltete sofort eine rege Tätigkeit; sie gab auch den Anstoß zu einer Vereinigung der badischen Männergesangsvereine. Diese kam zustande und 1844 fand in Karlsruhe das erste Gesangsfest statt. Dieser Verband badischer Männergesangsvereine war der Vorläufer des seit 1869 bestehenden „Badischen Sängerbundes“, dessen erster Vorsitzender der damalige Gesellschaftsleiter der „Liederhalle“

**Ans der Geschichte der „Liederhalle“ 1842.** In dem etwa 24 000 Einwohner zählenden Karlsruhe der 40er Jahre war neben dem Hoftheater der zur Gesellschaft „Eintracht“ zählende „Cäcilienverein“ der Mittelpunkt des musikalischen Lebens der Stadt. Aus dem Vorstande des Cäcilienvereins erging 1842 der Aufruf zur Gründung eines Männergesangsvereins (es bestanden damals nur die Liedertafel 1839 und der Liederkreis 1841), der darauf, am 19. Dezember 1842, unter dem Namen „Liederhalle“ gegründet wurde. Hofmeister Baumann war der erste Chorleiter. Sekretär Joß erster Gesellschaftsleiter. Die „Liederhalle“ entfaltete sofort eine rege Tätigkeit; sie gab auch den Anstoß zu einer Vereinigung der badischen Männergesangsvereine. Diese kam zustande und 1844 fand in Karlsruhe das erste Gesangsfest statt. Dieser Verband badischer Männergesangsvereine war der Vorläufer des seit 1869 bestehenden „Badischen Sängerbundes“, dessen erster Vorsitzender der damalige Gesellschaftsleiter der „Liederhalle“

**Ans der Geschichte der „Liederhalle“ 1842.** In dem etwa 24 000 Einwohner zählenden Karlsruhe der 40er Jahre war neben dem Hoftheater der zur Gesellschaft „Eintracht“ zählende „Cäcilienverein“ der Mittelpunkt des musikalischen Lebens der Stadt. Aus dem Vorstande des Cäcilienvereins erging 1842 der Aufruf zur Gründung eines Männergesangsvereins (es bestanden damals nur die Liedertafel 1839 und der Liederkreis 1841), der darauf, am 19. Dezember 1842, unter dem Namen „Liederhalle“ gegründet wurde. Hofmeister Baumann war der erste Chorleiter. Sekretär Joß erster Gesellschaftsleiter. Die „Liederhalle“ entfaltete sofort eine rege Tätigkeit; sie gab auch den Anstoß zu einer Vereinigung der badischen Männergesangsvereine. Diese kam zustande und 1844 fand in Karlsruhe das erste Gesangsfest statt. Dieser Verband badischer Männergesangsvereine war der Vorläufer des seit 1869 bestehenden „Badischen Sängerbundes“, dessen erster Vorsitzender der damalige Gesellschaftsleiter der „Liederhalle“

**Ans der Geschichte der „Liederhalle“ 1842.** In dem etwa 24 000 Einwohner zählenden Karlsruhe der 40er Jahre war neben dem Hoftheater der zur Gesellschaft „Eintracht“ zählende „Cäcilienverein“ der Mittelpunkt des musikalischen Lebens der Stadt. Aus dem Vorstande des Cäcilienvereins erging 1842 der Aufruf zur Gründung eines Männergesangsvereins (es bestanden damals nur die Liedertafel 1839 und der Liederkreis 1841), der darauf, am 19. Dezember 1842, unter dem Namen „Liederhalle“ gegründet wurde. Hofmeister Baumann war der erste Chorleiter. Sekretär Joß erster Gesellschaftsleiter. Die „Liederhalle“ entfaltete sofort eine rege Tätigkeit; sie gab auch den Anstoß zu einer Vereinigung der badischen Männergesangsvereine. Diese kam zustande und 1844 fand in Karlsruhe das erste Gesangsfest statt. Dieser Verband badischer Männergesangsvereine war der Vorläufer des seit 1869 bestehenden „Badischen Sängerbundes“, dessen erster Vorsitzender der damalige Gesellschaftsleiter der „Liederhalle“

**Ans der Geschichte der „Liederhalle“ 1842.** In dem etwa 24 000 Einwohner zählenden Karlsruhe der 40er Jahre war neben dem Hoftheater der zur Gesellschaft „Eintracht“ zählende „Cäcilienverein“ der Mittelpunkt des musikalischen Lebens der Stadt. Aus dem Vorstande des Cäcilienvereins erging 1842 der Aufruf zur Gründung eines Männergesangsvereins (es bestanden damals nur die Liedertafel 1839 und der Liederkreis 1841), der darauf, am 19. Dezember 1842, unter dem Namen „Liederhalle“ gegründet wurde. Hofmeister Baumann war der erste Chorleiter. Sekretär Joß erster Gesellschaftsleiter. Die „Liederhalle“ entfaltete sofort eine rege Tätigkeit; sie gab auch den Anstoß zu einer Vereinigung der badischen Männergesangsvereine. Diese kam zustande und 1844 fand in Karlsruhe das erste Gesangsfest statt. Dieser Verband badischer Männergesangsvereine war der Vorläufer des seit 1869 bestehenden „Badischen Sängerbundes“, dessen erster Vorsitzender der damalige Gesellschaftsleiter der „Liederhalle“

**Ans der Geschichte der „Liederhalle“ 1842.** In dem etwa 24 000 Einwohner zählenden Karlsruhe der 40er Jahre war neben dem Hoftheater der zur Gesellschaft „Eintracht“ zählende „Cäcilienverein“ der Mittelpunkt des musikalischen Lebens der Stadt. Aus dem Vorstande des Cäcilienvereins erging 1842 der Aufruf zur Gründung eines Männergesangsvereins (es bestanden damals nur die Liedertafel 1839 und der Liederkreis 1841), der darauf, am 19. Dezember 1842, unter dem Namen „Liederhalle“ gegründet wurde. Hofmeister Baumann war der erste Chorleiter. Sekretär Joß erster Gesellschaftsleiter. Die „Liederhalle“ entfaltete sofort eine rege Tätigkeit; sie gab auch den Anstoß zu einer Vereinigung der badischen Männergesangsvereine. Diese kam zustande und 1844 fand in Karlsruhe das erste Gesangsfest statt. Dieser Verband badischer Männergesangsvereine war der Vorläufer des seit 1869 bestehenden „Badischen Sängerbundes“, dessen erster Vorsitzender der damalige Gesellschaftsleiter der „Liederhalle“

**Ans der Geschichte der „Liederhalle“ 1842.** In dem etwa 24 000 Einwohner zählenden Karlsruhe der 40er Jahre war neben dem Hoftheater der zur Gesellschaft „Eintracht“ zählende „Cäcilienverein“ der Mittelpunkt des musikalischen Lebens der Stadt. Aus dem Vorstande des Cäcilienvereins erging 1842 der Aufruf zur Gründung eines Männergesangsvereins (es bestanden damals nur die Liedertafel 1839 und der Liederkreis 1841), der darauf, am 19. Dezember 1842, unter dem Namen „Liederhalle“ gegründet wurde. Hofmeister Baumann war der erste Chorleiter. Sekretär Joß erster Gesellschaftsleiter. Die „Liederhalle“ entfaltete sofort eine rege Tätigkeit; sie gab auch den Anstoß zu einer Vereinigung der badischen Männergesangsvereine. Diese kam zustande und 1844 fand in Karlsruhe das erste Gesangsfest statt. Dieser Verband badischer Männergesangsvereine war der Vorläufer des seit 1869 bestehenden „Badischen Sängerbundes“, dessen erster Vorsitzender der damalige Gesellschaftsleiter der „Liederhalle“

**Ans der Geschichte der „Liederhalle“ 1842.** In dem etwa 24 000 Einwohner zählenden Karlsruhe der 40er Jahre war neben dem Hoftheater der zur Gesellschaft „Eintracht“ zählende „Cäcilienverein“ der Mittelpunkt des musikalischen Lebens der Stadt. Aus dem Vorstande des Cäcilienvereins erging 1842 der Aufruf zur Gründung eines Männergesangsvereins (es bestanden damals nur die Liedertafel 1839 und der Liederkreis 1841), der darauf, am 19. Dezember 1842, unter dem Namen „Liederhalle“ gegründet wurde. Hofmeister Baumann war der erste Chorleiter. Sekretär Joß erster Gesellschaftsleiter. Die „Liederhalle“ entfaltete sofort eine rege Tätigkeit; sie gab auch den Anstoß zu einer Vereinigung der badischen Männergesangsvereine. Diese kam zustande und 1844 fand in Karlsruhe das erste Gesangsfest statt. Dieser Verband badischer Männergesangsvereine war der Vorläufer des seit 1869 bestehenden „Badischen Sängerbundes“, dessen erster Vorsitzender der damalige Gesellschaftsleiter der „Liederhalle“

**Ans der Geschichte der „Liederhalle“ 1842.** In dem etwa 24 000 Einwohner zählenden Karlsruhe der 40er Jahre war neben dem Hoftheater der zur Gesellschaft „Eintracht“ zählende „Cäcilienverein“ der Mittelpunkt des musikalischen Lebens der Stadt. Aus dem Vorstande des Cäcilienvereins erging 1842 der Aufruf zur Gründung eines Männergesangsvereins (es bestanden damals nur die Liedertafel 1839 und der Liederkreis 1841), der darauf, am 19. Dezember 1842, unter dem Namen „Liederhalle“ gegründet wurde. Hofmeister Baumann war der erste Chorleiter. Sekretär Joß erster Gesellschaftsleiter. Die „Liederhalle“ entfaltete sofort eine rege Tätigkeit; sie gab auch den Anstoß zu einer Vereinigung der badischen Männergesangsvereine. Diese kam zustande und 1844 fand in Karlsruhe das erste Gesangsfest statt. Dieser Verband badischer Männergesangsvereine war der Vorläufer des seit 1869 bestehenden „Badischen Sängerbundes“, dessen erster Vorsitzender der damalige Gesellschaftsleiter der „Liederhalle“

**Kleiderstoffe** 78/80, schwarz u. marine, per Mtr. 13.75  
**Kleiderstoffe** 118/120 schwarz u. marine, p. Mtr. 24.50  
**Unterhosen** geg. Bezugsschein 3.35  
**Socken** gegen Marke 33. . . . 70  
 solange Vorrat abzugeben.  
**Dreyfuss**  
 Kaiserstraße 164.

**Müller & Gräff**  
 Buchhandlung  
 Zur **Konfirmation**  
 empfehlen wir als Geschenk v. bleibendem Werte **Das Buch**  
 Wir verweisen auf unser reiches Lager Ansichtsendungen stehen gerne zur Verfügung  
 Große Auswahl von **Gesangbüchern**  
 Karlsruhe  
 Seminarstraße 6, Westendstraße 63  
 Hauptgeschäft: Kaiserstraße 80 a.

**Badische Artilleristen!**  
 Nur Arbeit kann unser Vaterland vor dem völligen Untergang retten. Arbeit aber gedeiht nur auf dem Boden der Ordnung, Ruhe und Sicherheit. Diese untergräbt Spartakus zielbewußt, da er zur Verwirklichung seiner Ideen den gänzlichsten Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens braucht.  
 Noch ist Spartakus nicht bezwungen, gefährlicher denn je wird er eines Tages wieder sein Daubt erheben — vielleicht auch in unserem engeren Vaterlande.  
 Drum, Artilleristen, die Ihr Guter Vaterland liebt und irgendeine abkömmlich seid, helft Ruhe, Ordnung und Sicherheit gegen Spartakus verteidigen, schafft unserem Volke damit die Möglichkeit zu ungehörter Arbeit, die es allein vor gänzlicher Verelendung retten kann, und trägt bei zur Bildung des Volkheeres, das die Grundlage bildet für einen Aufstieg unseres Volkes aus dem jetzigen Zustande der Not, des Elends und der Bedrückung.  
 Jeder, der abkömmlich ist, hat die Verpflichtung, mitzubekommen. Treter ein in die vom Feld- Art.-Megt. 50 aufgestellte Preis-Liste. Nr. 3. (Meldung in Wüdenau, Bekanntschaft Untergröndbach, oder beim nächsten Bezirkskommando.)  
 Wer später dabeim dringend gebraucht wird, bei einmonatlicher Kündigung die Möglichkeit, jederzeit wieder auszuweichen.  
 Die Bedingungen sind die üblichen und können bei den Bezirkskommandos eingesehen werden.  
**Battenhausen,**  
 Hauptmann und Batterie-Führer.

**Teehaus Rondellplatz**  
 feinstes Familienkaffee am Platze.  
 Jeden Abend und Sonntag nachmittag **Künstler-Trio**  
 von Bretschger.

**Maxim**  
 Vornehmstes Weinrestaurant  
 Herrenstr. 16. am Platze. Telefon 419.

**Städtisches Konzerthaus**  
 Montag, den 24. März 1919.  
 Vorstellung des Bad. Landestheaters.  
 Montagsspieler Nr. 26.  
**Schwanenweiß.**  
 Märchenspiel in 3 Akten von August Strindberg.  
 Musik von Ferdinand Hummel.  
 Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

**Mittwoch, den 26. März 1919**  
 Anfang 1/2 9 Uhr **Festhalle** Ende 1/10 Uhr  
**Volkstümliches Sinfoniekonzert**  
 der Kapelle des Landestheaters.  
 1. Ouvertüre zu „Euryanthe“ von Weber. 2. a) Cavatine aus „Xerxes“ von Händel, b) Arie aus „Alceste“ von Gluck. 3. Trauermarsch in Es-Moll und Marsch in H-Moll von Schubert. 4. Einleitung zum 5. Akt und Gebet aus „Rienzi“ von Wagner und 5. Fünfte Sinfonie in C-Moll von Beethoven.  
 Mitwirkende: Edith Sajitz u. Josef Schöffel.  
 Eintrittspreise: 1. 1. 1. 50 Pf. und 2. 1.

**Staatsbankrott**  
 wissen muß.  
 Hervorragendes Werk mit ausführlichen Berechnungen und Darstellungen. Geschrieben von erfahrenem Bankfachmann. Preis Mk. 2.75 einschl. Feuerungszuschlag gegen Voreinsendung an Postcheckkonto 10776. Nachnahme zuzügl. Mk. 0.25. Bei größeren Bestellungen entspr. Rabatt und kostenlose Reklame.  
**Aug. Brede sen., Agenturen etc.** Hannover Nr. 430.

**Lebensbedürfnisverein Karlsruhe**  
 Die Aussablung der Dividende erfolgt am Dienstag, den 25. März, vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr, für die Mitglieder der neuen Kartenbücher von 701—1550 an unserer Kasse, Kronstraße 26, gegen Vorweisung des neuen Kartenbuchs.  
 Es wird dringend gebeten, Beifolgende mitzubringen.

**Residenz-Theater**  
 Waldstraße 30 Schillerstr. 22  
 Nur noch heute und morgen  
**Cammen.**  
 Die Waisen wieder.

**Cammen.**  
 Die Waisen wieder.  
**Voranzeige.**  
 Ab Mittwoch  
 Der **Rattenfänger.**  
 Die alte Sage neuerzählt von Paul Wegener.

